

SCHWEIZERISCHES AKTIONSKOMITEE
GEGEN DIE IRREFUEHRENDE BAUERN-INITIATIVE

Presseausschuss, Postfach 1161, 3001 Bern; Tel. 031 44'58'94

An die Medien der deutschen
und rätoromanischen Schweiz

Bern, 23. Mai 1989

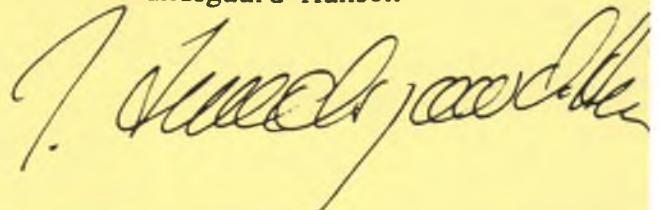
Sehr geehrte Damen und Herren

Die sogenannte Kleinbauern-Initiative zeichnet sich vor allem durch eines aus: sie ist krass irreführend und widersprüchlich, der Titel stimmt mit dem Text nicht überein. Nachteile wären für die Landwirtschaft, unseren Aussenhandel, aber auch für die Konsumenten zu erwarten – Vorteile für niemanden ausser den Grossverteiler Denner. Dem Konsumentinnenforum der deutschen Schweiz, das die Initiative ablehnt, kann nur beigespflichtet werden, wenn es schreibt: "Die Initianten verwickeln sich laufend in Widersprüche und versprechen jedem das, was er gerne hören möchte: Den Kleinbauern grössere Produktionsanteile zu höheren Preisen und weniger Importe – den Konsumenten mehr Importe und billigere Preise." Im zweitletzten Pressedienst vor der Abstimmung weisen folgende Autoren auf die Irreführung, Widersprüchlichkeiten und Nachteile der Initiative hin: Ständerat Bernhard Seiler (SVP/SH), Nationalrat Heinz Allenspach (FDP/ZH), Nationalrat Albert Rüttimann (CVP/AG), Nationalrat Christian Wanner (FDP/SO) sowie Dr. Paul Ehinger.

Mit freundlichen Grüssen

Für den Presseausschuss

Jens Lundsgaard-Hansen



Beilagen: erwähnt

Von SVP-Ständerat Bernhard Seiler (SH):

Titel für die Kleinbauern - Inhalt für die Denner AG?

Die sogenannte Kleinbauern-Initiative der Vereinigung zum Schutz der kleinen und mittleren Bauern (VKMB) entpuppt sich nun eindeutig als Denner-Initiative. Die Art und Weise, wie dieser Grossverteiler mit einer intensiven Inseratenkampagne die Landwirtschaftspolitik und damit auch den Grossteil unserer Landwirte diffamiert und Unwahrheiten verbreitet, hat sogar bei den Kleinbauern Empörung hervorgerufen. So distanziert sich ein Mitglied des Initiativkomitees und ehemaliger Vizepräsident der VKMB ganz deutlich vom "Denner-Boss Schweri" und seinen polemischen Inseraten und der Form der Propaganda. Dieser Kleinlandwirt ist nicht der erste, der gemerkt hat, wem sie da und was für einer Sache sie aufgesessen sind.

Im Titel "für ein naturnahes Bauern - gegen Tierfabriken" wird reiner Etikettenschwindel getrieben. Der Titel wird aber nicht in die Bundesverfassung aufgenommen, nur der Text der Initiative. In diesem werden weder die kleinen Bauern besonders geschützt, noch wird sog. "naturnahes Bauern" irgendwie umschrieben und selbst die Tierfabriken werden dabei nicht verboten.

Dafür hilft der Inhalt dem Grossverteiler Denner AG. Ihm soll dadurch endlich die freie Einfuhr von verschiedenen Landwirtschaftsprodukten (Wein, Geflügel, Eier u.a.m.) ermöglicht werden, ein Ziel, das von Denner schon lange angestrebt worden ist, aber durch den bisherigen Agrarschutz verhindert wurde. Mit dem Uebernahme- oder Leistungssystem sollen Importeure verpflichtet werden, einheimische Produkte im Verhältnis zur Importmenge zu übernehmen. Sollte sich diese Massnahme als undurchführbar erweisen, dann müssten bei den Importen Abgaben an der Grenze erhoben werden. Ein solches System kann aber nur dort funktionieren, wo überhaupt Importe getätigt werden können. Wo aber der Inlandbedarf mit Schweizer Produkten gedeckt wird, z.B. bei Milch, Fleisch, Brotgetreide, Kartoffeln etc., kann es ja, da keine Importe getätigt werden, auch keine Grenzabschöpfung geben. Unsere Schweizer Bauern erzielen aber gerade bei diesen Produkten mehr als drei Viertel ihres Rohertrages. Mit den bei Importgütern erhobenen Abgaben sollten, laut Initiative, den bäuerlichen Betrieben sog. kostendeckende Preise bezahlt werden. Man braucht kein besonders guter Mathematiker zu sein, um herauszufinden, dass das Versprechen des Herrn Schweri "höhere Produzentenpreise für die Bauern und niedrigere Konsumentenpreise" einfach nicht aufgehen kann.

Auch zu spät haben die Kleinbauern-Initianten gemerkt, dass nicht die grossen Betriebe und sog. Tierfabriken bei einer Annahme die Leidtragenden sein werden, sondern Tausende von tatsächlich kleineren und mittleren Betrieben. Warum? Weil viele Tierhaltungsbetriebe wohl auf kleiner Eigenfläche wirtschaften, aber dank bescheidener innerer Aufstockung für die Familie ein einigermaßen vernünftiges Einkommen erarbeitet werden kann. Die meisten dieser Betriebe liegen in typischen Futterbaugebieten, in der voralpinen Hügelzone und auch im Berggebiet.

Grossen Betrieben und sog. Tierfabriken soll der Agrarschutz entzogen werden. Durch weitere Intensivierung und Rationalisierung wird ihnen aber - wenn sie bestimmte Hilfsmittel zudem günstiger im Ausland einkaufen können - ein Ueberleben problemlos ermöglicht. Sie werden dann sehr wahrscheinlich mit Produkten zu tieferen Preisen auf dem Markt erscheinen, die natürlich von den Grossverteilern mit Freude aufgekauft werden.

Eine Annahme der Initiative hätte schwere Folgen auch für die übrige Wirtschaft. Unser gesamter Aussenhandel ist heute geregelt in einem Vertrag mit GATT. Ein Sonderstatut erlaubt uns heute gewisse Schutzmassnahmen zugunsten unserer Landwirtschaft. Neue Regelungen, wie sie in der Initiative mit dem Leistungssystem und Importabgaben vorgesehen sind, müssten vorerst neu ausgehandelt werden, was bei den gegenwärtigen Verhandlungsschwierigkeiten kaum erfolgversprechend sein dürfte. Sehr wohl könnten dabei auch andere Handelsabkommen ins Wanken geraten und unserem Industrieexportland längerfristig Schaden zufügen.

Gesamthaft hält also der Titel nicht, was er verspricht, teilt unsere Bauern aber in zwei Lager, bringt bezüglich naturnahem Bauern keinen Fortschritt, verbietet nicht einmal Tierfabriken, gefährdet zudem unsere Position bei GATT und - was am schlimmsten ist - bedeutet das Todesurteil für viele kleine Familienbetriebe!

Deshalb ist die Kleinbauern-Initiative am 4. Juni klar abzulehnen.

Weltwirtschaftliche Aspekte bedenken

Zur Abstimmung über die Kleinbauern-Initiative
von FDP-Nationalrat Heinz Allenspach, Fällanden/Zürich

In der Diskussion über die Kleinbauern-Initiative wird nur wenig über die aussenwirtschaftlichen Konsequenzen dieses Volksbegehrens gesprochen. Dabei leben wir nicht auf einer Insel, sondern sind in die Weltwirtschaft eingebunden. Gut die Hälfte unseres Volkseinkommens wird im Austausch von Gütern und Dienstleistungen über die Grenze erarbeitet. Unsere Arbeitsplätze und unser Volkswohlstand sind von guten und intakten Aussenwirtschaftsbeziehungen abhängig. Eine Politik der Isolation oder der Autarkie hätte negative Folgen für alle.

Unsere Agrarwirtschaft ist in doppelter Beziehung von guten Aussenwirtschaftsbeziehungen abhängig; sie exportiert Agrarprodukte. Eine wirtschaftliche Isolation würde auch die Absatzmärkte der schweizerischen Landwirtschaft im Ausland beeinträchtigen. Dazu kommt, dass wir unseren heutigen Agrarschutz nur dann finanzieren können, wenn sich die schweizerische Wirtschaft im übernationalen Konkurrenzkampf behaupten kann. Woher würde der Bund die Mittel für Subventionen an die Landwirtschaft nehmen, wenn in der übrigen Wirtschaft Rezession und Krise vorherrschen würden? Wäre der Konsument noch bereit, die hohen Landwirtschaftspreise zu bezahlen, wenn wir mit Massenarbeitslosigkeit und Wohlstandseinbussen zu rechnen hätten?

Mit GATT-Verpflichtungen nicht vereinbar

Wichtiger Eckpfeiler unserer Aussenwirtschaft ist das GATT. Das GATT gestattete bisher in gewissem Ausmass, der Schweiz agrarpolitischen Protektionismus zu bieten. Dieser heute bestehende Agrarschutz wird aber im Rahmen der Uruguay-Runde in Frage gestellt; es ist keineswegs sicher, dass wir ihn in bisherigem Umfang auf Dauer integral aufrechterhalten können. Neue Schutzmassnahmen, so sagen GATT-Experten klar, würden auf keinen Fall akzeptiert. Bei Annahme der Kleinbauern-Initiative müsste sich die Schweiz GATT-widrig verhalten. Das könnte zur Folge haben, dass wir von der neuen GATT-Runde oder sogar von den bisherigen GATT-Vereinbarungen ausgeschlossen würden. Diese Konsequenz darf nicht übersehen werden.

Vertragsfähig und vertrauenswürdig bleiben

Ein Land, das dermassen auf aussenwirtschaftliche Beziehungen angewiesen ist, darf sich nicht selbst aus dem GATT hinauskatapultieren. Der Preis, den wir dafür bezahlen müssten, wäre Isolation, Arbeitslosigkeit und Wohlstandsverlust. Diesen Preis müsste auch die Landwirtschaft mitbezahlen. Daran ändern die Interpretationsversuche der Initianten nichts. Wir dürfen nicht international vertragsbrüchig werden; wir müssen die eingegangenen Verpflichtungen einhalten.

Im Vorfeld des Urnenganges vom 4. Juni ist viel von einem neuen Denken in der Agrarpolitik die Rede. Dieses kann nicht in Isolation und verstärktem Protektionismus bestehen, auch nicht in einem Ausbau der Agrarbürokratie. Wir brauchen mehr Flexibilität und mehr Liberalität. Die Kleinbauern-Initiative ist ein Schritt in die falsche Richtung.

Einigkeit und Solidarität wären eigentlich gefragt

Für und wider die Kleinbauerninitiative ist nun so viel geschrieben worden, dass die Urnengänger vom 4. Juni sich ein objektives Bild machen könnten. Doch ist die Verwirrung und Unsicherheit grösser denn je. Denn es stehen sich in der Argumentation nicht nur zwei bäuerliche Lager gegenüber, es mixt auch noch ein Dritter, nämlich der Grossverteiler Denner mit. Und was von dieser Seite in pausenloser Inseratenfolge an Halbwahrheiten, masslosen Uebertreibungen bis hin zu faustdicken Lügen aufgetischt wird, geht auf keine Kuhhaut.

Ist denn die schweizerische Agrarpolitik wirklich so schlecht, dass Grossverteiler, die naturgemäss ein Interesse an möglichst hohen Nahrungsmittelimporten haben, diese zwischen Hammer und Amboss zerquetschen müssen? Dies haben nun doch unsere Bauernfamilien nicht verdient, die seit eh und je, in guten wie in schlechten Zeiten, ihre Aufgabe erfüllt haben, nämlich die Versorgung unserer Bevölkerung mit genügender und gesunder Nahrung.

Vor kurzer Zeit fand auf dem Bürgenstock ein internationales Agrarsymposium statt, an dem völlig andere Töne zu vernehmen waren. Fachleute aus dem europäischen und amerikanischen Raum waren sich darüber einig, dass kein Land wie die Schweiz es fertig gebracht habe, mit diversen Massnahmen die Entvölkerung der Berggebiete aufzuhalten. Auch die Grünlanderhaltung sei nirgends so weit in die Oberziele der Agrarpolitik eingebunden wie in unserm Land.

Sind denn dies keine schlagenden Beweise und lebendigen Zeugen dafür, dass unsere Agrarpolitik besser ist als ihr Ruf. Glaubt man wirklich nur dem Grosspropagandisten Denner, dem fast kein Mittel schlecht genug ist, diese durch den Kot zu ziehen?

So oder so wäre es falsch, ja ausgerechnet kurzsichtig, aus dieser Verunsicherung oder aus einem geschürten Unmut heraus, durch Zustimmung zur Initiative den Bauern, ihren Organisationen oder der Agrarordnung ganz allgemein einen Denkmittel zu verpassen zu wollen. Wir weisen mit guten Gründen eine pauschale Verunglimpfung des gesamten Bauernstandes

zurück. Wenn sich Vereinzelte nicht umweltgerecht verhalten, so sind diese mit Sanktionen zur Raison zu bringen und nicht mit der Rosskur der Kleinbauerninitiative, die alle Gutwilligen trifft.

Unser Bauernstand möchte auch an der Steigerung der Lebensqualität teilhaben und nicht mehr zu den Arbeitsmethoden und Geräten zurückkehren, wie sie nur noch im Museum anzutreffen sind. Die bäuerliche Arbeit ist auch so noch lang und hart genug, als dass man uns die Rationalisierung und den allgemein üblichen Fortschritt verhindern muss.

Die Behauptung, nur die Kleinbetriebe seien in der Lage, naturnah, umwelt- und tierschutzgerecht zu produzieren, wird auch durch stetiges Wiederholen nicht wahr. Unser weltweit strengstes Tierschutzgesetz und unsere tiefsten Tierbestände ab 1991 gelten für alle. In unsern Nachbarstaaten wachsen hingegen diese Limiten ständig noch an und in den USA wurden die Farmgrössen in den letzten 10 Jahren ziemlich genau verdoppelt.

Der Sonderfall Schweiz ist also auch in der Agrarproduktion bereits perfekt. Müssen wir ihn denn mit einer zusätzlichen Beschränkung und Verteuerung der Produktion durch Annahme der Kleinbauerninitiative noch verschärfen? Mit ganz wenigen Ausnahmen sind unsere Bauernhöfe ja alles Familien- und -gemessen an ausländischen Verhältnissen - Kleinbetriebe. Wenn das Kesseltreiben gegen die grösseren unter ihnen weitergetrieben wird, wie es dem Geist der Initiative entspricht, so werden diese Betriebsinhaber eines Tages ihren Hof für gutes Geld veräussern und über dem Ozean eine vielleicht 20 Mal grössere Farm erstehen.

Wollen wir wirklich diese negative Auslese unserer jungen Bauern dulden und die Tüchtigen ziehen lassen? Wer wird dann in unsern Landgemeinden noch die Feuerwehr, das Vereins- und Gemeindeleben sicherstellen? Und die Kleinbetriebe müssten dann erst noch unter Beweis stellen, ob sie die Nahrungsmittelversorgung gesünder und billiger gewährleisten können. Quintessenz: Wir sollten doch alle Platz haben unter dem helvetischen Agrardach, kleine, mittlere und grössere Familienbetriebe. Ich wünschte mir jedoch mehr Einigkeit und Solidarität. Darum NEIN zu dieser Unfrieden stiftenden Kleinbauerninitiative.

Albert Rüttimann Nationalrat Jönen

Mehr Nach- als Vorteile

Deshalb Nein zur Kleinbauern-Initiative
von FDP-Nationalrat Christian Wanner, Landwirt, Messen/SO

Die am 4. Juni zur Abstimmung gelangende Kleinbauern-Initiative visiert nicht nur eine Zweiteilung der Landwirtschaft an, indem die Massnahmen des Bundes zu ihren Gunsten auf die sogenannte "bäuerlichen Betriebe" beschränkt werden sollen, sondern sie will auch ein neues Einfuhrregime für Agrarprodukte. Mit beiden Forderungen konnten sich weder Bundesrat noch eidgenössische Räte identifizieren, weshalb sie Volk und Ständen die Ablehnung der Initiative empfehlen.

Die Initiative schlägt in ihrem handelspolitischen Teil vor, das zum Teil bereits heute schon praktizierte sogenannte Leistungssystem zu erweitern. Danach haben die Importeure von Agrarerzeugnissen zur Absatzsicherung vergleichbare Inlandware aus bäuerlichen Betrieben zu kostendeckenden Preisen zu übernehmen. Auf den ersten Blick erscheint diese Forderung nicht unlogisch - allerdings eben nur auf den ersten Blick.

Eigenversorgungsgrad abbauen?

Selbst wenn wir davon ausgehen, dass das heutige Kontingentsystem nicht nur Vorteile aufweist, so würde uns das neue Leistungssystem mehr Nachteile bringen als allenfalls Vorteile zu erwarten wären. Bei vertiefter Betrachtung kommt man zum Schluss, dass dieses System nur dann funktionieren kann, wenn im Inland wesentlich weniger als 100% des zu importierenden Produktes produziert wird. Nehmen wir als Beispiel Milch und Fleisch. Diese beiden Produkte sind für die schweizerische Landwirtschaft von grosser Bedeutung und helfen mit, den grössten Teil des bäuerlichen Einkommens zu bilden. Gerade hier haben wir einen hohen Eigenversorgungsgrad; bei der Milch rund 108%. Wir sind also auf Exporte angewiesen.

Wer soll aber die anfallende Inlandproduktion übernehmen, wenn er nichts importieren kann? Konsequenz wäre, dass bei diesen Produkten der Inlandversorgungsgrad wesentlich abgebaut werden müsste. Allein schon dieser Abbau - denken wir an die Reduktion der Milchkontingente - wäre mit grössten Schwierigkeiten verbunden.

Darum Denners Schützenhilfe

Hinter dieser Forderung werden die Interessen der Firma Denner deutlich sichtbar. Dieser Grossverteiler unterstützt - nicht zuletzt in finanzieller Art - dieses Volksbegehren. Denner erhofft sich nach einer Annahme der Initiative, zu zusätzlichen Importkontingenten zu gelangen. Die Forderung nach zusätzlichen Kontingenten zu erheben, kann jedermann unbenommen sein. Offener wäre es jedoch, wenn man sein Begehren deutlich kund tun würde - und sich nicht hinter einem anderen Namen verstecken würde.

Aussenhandelspolitische Schwierigkeiten provozieren?

Kommt dazu, dass das geforderte Leistungssystem alles andere als Gatt-konform ist und für die Schweiz zu aussenhandelspolitischen Schwierigkeiten führen könnte. Die Initianten, bestreiten dies und machen geltend, das Leistungssystem könne durchaus als Gatt-konform gelten, denn es führe nicht zu einer Mehrproduktion im Inland - ganz im Gegenteil. Anders die Ansicht der zuständigen Instanzen des Bundes, die darauf hinweisen, dass bei Annahme der Initiative der Sonderstatus, den unser Land bis heute im Agrarbereich innerhalb des Gatt in Anspruch nehmen konnte, mit dieser Organisation neu auszuhandeln wäre. Unschwer ist dabei vorauszusetzen, welche Schwierigkeiten auf uns zukämen. Vor allem beim Druck, der gegenwärtig auf den Weltagrarmärkten herrscht, und bei der Meinung, unser Land sollte weniger produzieren und mehr importieren.

Es kann weder im Interesse der schweizerischen Landwirtschaft noch der einheimischen Gesamtwirtschaft liegen, aussenhandelspolitische Schwierigkeiten zu provozieren. Die Abkehr vom geltenden System, wie es das Volksbegehren fordert, könnte sich allzuschnell als Bumerang erweisen. Aber auch in ihrem strukturpolitischen Teil wartet die Kleinbauern-Initiative mit keinen tauglichen Lösungen auf. Sie ist deshalb abzulehnen.

Schutzgitter für unsere Landwirtschaft

Sollen die Bauern in der Schweiz wie ein Hochmoor geschützt werden? Am 4. Juni wird der Souverän über die sogenannte Kleinbauern-Initiative abstimmen. Sie strebt einen fast absoluten Schutz für die Landwirtschaft an. Es ist zu hoffen, dass das Volk zu einem ablehnenden Entscheid gelangen wird.

Agrarschutz ist nichts Neues. Stets war der schweizerische Landwirtschaftssektor vom Protektionismus geprägt. Nach dem 2. Weltkrieg drangen indes mehr und mehr marktwirtschaftliche Mechanismen ein, die einerseits die bekannte Ueberproduktion, andererseits eine gewisse Ausbeutung der natürlichen Grundlagen zur Folge hatten. Die Initiative muss in den soziologischen Rahmen der grünen, antitechnologischen Welle eingeordnet werden, indem sie bäuerliche Statuspolitik mit umweltschutz- und wirtschaftspolitischen Massnahmen aufzuwerten versucht. Herausgekommen ist freilich ein nur schlecht ausgegorenes Gebräu, das zudem vom Grossverteiler Denner kaschiert wird.

Fast 127 000 Unterschriften

Die Volksinitiative wurde von der 1980 gegründeten Schweizerischen Vereinigung zum Schutz der kleinen und mittleren Bauern (VKMB) im August 1983 mit dem genauen Titel "Für ein naturnahes Bauern - gegen Tierfabriken", Kurztitel "Kleinbauern-Initiative", lanciert. Am 28. Februar 1985 wurde sie mit 126'802 gültigen Stimmen eingereicht.

Darauf arbeitete das EVD eine Botschaft aus, die der Bundesrat am 27. Januar dieses Jahres verabschiedete. Seine Empfehlung: Das Begehren soll von Volk und Ständen abgelehnt werden. Der Stände- und dann auch der Nationalrat folgten dem Antrag der Landesregierung. Ein interessantes Detail: Präsident der vorberatenden Kommission des Ständerates war der heutige Bundesrat Kaspar Villiger.

Unmögliche Initiative

Die Initiative verlangt Unmögliches. So soll der "Schutzbereich" der Agrargesetzgebung auf "bäuerliche Betriebe" beschränkt werden. Innerhalb der Landwirtschaft sollen dabei die kleinen und sonstwie benachteiligten

Betriebe, das heisst, jene mit hohen Produktionskosten, besonders begünstigt werden. Dazu ist allerdings festzuhalten, dass die Abgrenzung "bäuerlicher" von anderen Betrieben mit beträchtlichen Schwierigkeiten verbunden und, wenn überhaupt, nur mit sehr hohem administrativem Aufwand zu bewältigen ist.

Im weiteren verlangt die VKMB, dass - sofern der Absatz inländischer landwirtschaftlicher Erzeugnisse gefährdet wird - der Bundesrat die folgenden ausschliesslich in Betracht fallenden Massnahmen zu treffen hätte: Importschutz, um so der Konkurrenz besser zu begegnen, sowie Importkontingentierungen durch die Uebernahmepflicht der Importeure oder durch Einfuhrabgaben.

Zu wenig marktwirtschaftlich

So viele systemfremde Elemente können nicht einmal im Agrarsektor akzeptiert werden. Der Bundesrat schreibt denn auch in seiner Botschaft, dass sich die Anliegen der Initianten, soweit sie überhaupt begründet seien, besser im Rahmen der bestehenden Verfassungsgrundlagen berücksichtigen liessen. Er hat denn auch bereits beschlossen, von der gesetzlichen Möglichkeit zur Ausrichtung von Tierhalterbeiträgen (Direktzahlungen) Gebrauch zu machen. Solche Beiträge wurden erstmals 1988 ausgerichtet.

Dr. Paul Ehinger

Neue Phase im Abstimmungskampf um die Denner-VKMB-Initiative

(Walter Zwingli, Nationalrat, Rheineck/SG)

Wer diesen Abstimmungskampf aufmerksam verfolgt, stellt unschwer fest, dass die Befürworter ihre "Truppen" umgruppiert und ihre Kampftaktik geändert haben. Den ersten Teil des Abstimmungskampfes überliessen die Denner-Strategen ihrer Vorhut, der Vereinigung kleiner und mittlerer Bauern. Die schamlose Ausnützung des Wohlwollens des Schweizervolkes für Kleinbauern brachte der Initiative einige Sympathien.

Bald durchschauten jedoch die betroffenen Bauern dieses Spiel. Das Auseinanderdividieren von echten und unechten Bauern misslang auch in ausgesprochen kleinbäuerlichen Verhältnissen. Eindrücklichstes Beispiel war wohl die einstimmige Ablehnung der Initiative durch die Bauern von Appenzell-Ausserrhoden an ihrer Delegiertenversammlung. Dann hat das ganzseitige Inserat von Dennerboss Schweri vielen Stimmbürgern die Augen geöffnet. Dieses Inserat kommt mir vor, wie wenn geheime Befehle eines Armeekommandos irrtümlicherweise unchiffriert über den Sender gelangt! Viele Stimmbürgerinnen und Stimmbürger wussten nun, dass es mit der "Kleinbauern-Initiative" nicht primär um die Kleinbauern, sondern knallhart um Marktanteile bei der Nahrungsmiteleinfuhr geht. In den schweizerischen und kantonalen Delegiertenversammlungen der bürgerlichen Parteien wurde diese Initiative massiv abgelehnt!

In dieser Situation begann nun offenbar im Abstimmungskampf eine neue Phase. Einige gutgläubige Mitläufer in der VKMB wurden aus der eigentlichen Kampflinie abgezogen. Immer eindeutiger wird nun der Kampf mit "schweren Waffen" und mit dem Mittel der Desinformation geführt. Ins Visier genommen ist unterdessen der schweizerische Bauernstand als ganzes. Das massive Zurückstücken dieses tüchtigen Zweiges unserer Volkswirtschaft würde "endlich" uneingeschränkte Grossimporte von den Ueberschusshalden der EG und zugleich riesige Handelsmargen erlauben!

Wer Desinformation betreiben will, muss Phantasie und Hemmungslosigkeit besitzen. Dazu im folgenden drei Beispiele:

1. Steuerzahler und Konsumenten würden von teuren Ueberschüssen entlastet, behaupten die Initianten. Ueberschüsse? Seit Einführung der Milchkontingentierung im Herbst 1977 konnten die Verkehrsmilcheinlieferungen auf rund 30 Millionen Doppelzentner blockiert werden. Das erlaubte eine Buttereinfuhr von etwa ein Viertel unseres Bedarfes. Auch unsere Fleischproduzenten wissen, dass auf Ueberproduktion massive Preiszusammenbrüche folgen. Wir haben in der Schweiz weder Butter- noch Fleischberge!

2. Die Initianten behaupten ferner, dass 66 % der Eier bei uns durch nur 1 % der Leghennenbetriebe erzeugt würden. Laut Betriebszählung 1988 halten etwa 50'000 Hühnerhalter insgesamt etwa 3 Millionen Leghennen. Davon leben etwa 1 Million in 12'000 Betrieben mit wenig Boden. Wie nun etwa 500 Betriebe (= 1 %) etwa zwei Drittel der Eier produzieren, das heisst etwa 2 Millionen Leghennen halten sollen, wird Geheimnis der Initianten bleibery!
3. Mit der Behauptung, die Brotgetreideproduzenten könnten einen Stundenlohn von 200 Franken ergattern, diffamieren die Initianten die Gesamtheit unserer 29'000 Brotgetreidepflanzer. Nur wenige Nichtbauern in unserer Bevölkerung können solche Zahlen überprüfen. Also münter drauflos: man nehme den Gesamterlös einer Hektare Weizen (laut Buchhaltungsergebnissen 1984-86 Franken 6428.-), teile diesen Betrag durch die benötigte Anzahl Handarbeitsstunden, "vergesse" grosszügig alle anderen Bestandteile der Produktionskosten und schon ist dieser "Stundenlohn" der Getreideproduzenten geboreny! Einfacher geht es nicht mehr. Die Hauptsache ist, die Konsumenten dieser Zahlen schäumen vor Wut und Neid über diesen Stundenlohn unserer Getreidebarone.

Auf diese Weise lösen wir keine der sich stellenden Probleme. Im Gegenteil, mit der Denner-VKMB-Initiative würden wir uns zahlreiche neue Probleme schaffen. Diese Initiative enthält Bestimmungen, die ausgerechnet den kleinen Bauernbetrieben und dem mittelständischen Nahrungsmittelhandel Schwierigkeiten bereiten, die uns zum Schaden unserer ganzen Wirtschaft mit unseren GATT-Verpflichtungen in Konflikt bringen und die uns schlussendlich als Stimmbürger zu Agrar- und Handelsfragen ausschalten wollen. Lassen wir uns durch die Zahlenakrobatik der Denner-Strategen kein Sand in die Augen streuen und legen wir am 4. Juni 1989 zur Denner-VKMB-Initiative ein überzeugtes Nein in die Urne !